

Initiative gegen den § 218 - Graffiti „Es wachse Schimmel um en Pimmel“ - 1993

Um die damalige Situation zu verstehen, muss man wissen, dass die Diskussion über den § 218 – Schwangerschaftsabbruch- bereits eine endlose, zermürende Geschichte war, die von 1972 bis 1995 in den zunächst in alten Bundesländern anhielt.

Viele Jahre lang, bis nach der Wiedervereinigung, galt in der Bundesrepublik die Indikationsregelung. Damit war per Gesetz ein legaler Schwangerschaftsabbruch nur möglich nach einer Vergewaltigung, wenn das Leben der Mutter in Gefahr war, bei schweren Behinderungen des Kindes oder nach einer schweren sozialen Notlage. Trafen diese Faktoren nicht zu, mussten ungewollt schwangere Frauen, so sich denn ein Arzt zum Abbruch bereit erklärte, eine Abtreibung auch noch selbst bezahlen.

Nach der Wiedervereinigung kam erneut Bewegung in die Diskussion um den Paragraphen. Das war ein Verdienst der DDR-Frauen. Sie weigerten sich, sich diese Indikationsregelung aufzwingen zu lassen. In der DDR war es seit 1972 für Frauen bis zur 12. Woche der Schwangerschaft ihre ganz persönliche Entscheidung, ob sie ein Kind austragen wollten oder nicht.

Jetzt musste einheitliches Recht geschaffen werden, und es bestand noch die Hoffnung, dass es nicht das westliche Gesetz sein sollte.

Immerhin gab es bei der Parlamentsabstimmung im Juni 1992 eine klare Mehrheit für die Fristenregelung.

Der konservative Flügel wollte dieses nicht akzeptieren und klagte dagegen.

Das Ergebnis war, dass die Fristenlösung aufgehoben wurde und der Abbruch blieb weiterhin auch während der ersten 12 Wochen rechtswidrig.

Vor allem die Frauen im Osten waren schockiert. Sie hatten über 20 Jahre das Recht auf Selbstentscheidung zugesprochen bekommen. Sie wurden und fühlten sich sozial deklassiert und gedemütigt. Aber auch die Frauen im Westen wollten sich damit nicht abfinden und so wurde eine große Kampagne gegen den Paragraphen 218 gestartet.

In Eberswalde gründete sich ebenfalls eine Initiative gegen § 218. Sie sammelte Unterschriften, veranstaltete Aktionstage, Frauen demonstrierten in schwarzen Roben und mit Transparenten gegen dieses Unrecht an ihrer Selbstbestimmung. Sie, die berufstätig waren, mit der Wende zu Tausenden arbeitslos wurden, sollten in Notlagen nun auch noch das Sozialamt in Anspruch nehmen müssen.

Am „Runden Tisch der Frauen“, der sich aus vielen Frauen aller Altersgruppen, Berufen, sozialen Herkunft und politischen Ansichten zusammensetzte, entstand bei einer seiner Sitzungen im KOMM-Zentrum die Idee, eine möglichst öffentlichkeitswirksame Aktion zu starten. Da kamen viele Vorschläge zusammen, aber einem wurde der Vorrang gegeben - eine Graffiti-Aktion an der Mauer der alten Dachpappenfabrik. An dieser Mauer musste alle vorbei, die nach oder aus Eberswalde kamen und sie befand sich in Bahnhofsnähe. An dem Spruch entspannen sich die Diskussionen, aber letztlich erschien einer am wirksamsten, um auf die Problematik aufmerksam zu machen und er sollte eine Provokation sein:

“ Es wachse Schimmel um den Pimmel!“

Damit kam auch zum Ausdruck, dass besagte Gesetzesentscheidungen zum größten Teil auf die Stimmen von Männern zurück zu führen waren.

Als Termin für die Aktion wurde der 25. Mai 1993 angesetzt. Das Team von Frauen, das sich im KOMM-Zentrum traf, übernahm die Organisation, machte den Entwurf, besorgte die Farben und

verteilte die Aufgaben. Das städtische Ordnungsamt war vorsorglich informiert worden. Für alle Fälle. Immerhin würde es eines der ersten Graffitis in der Stadt sein. Es wurde kein offizielles Verbot erteilt.

Die Aktion musste bei Dunkelheit starten. Die Sprayerinnen hatten jeweils eine Farbe erhalten für den entsprechenden Buchstaben, den sie zu sprayen hatten. Die Anspannung war groß, wird es überhaupt gelingen, werden die Frauen angegriffen werden und, und, und....

Die Sprayerinnen hatten sich schwarz bekleidet. Die Kreativste unter ihnen zeichnete die Ränder entsprechend ihres Entwurfes an der Mauer vor und die anderen begannen mit dem Sprayen der Farben. Alles geschah in rasender Schnelligkeit. Die Straße war zu diesem Zeitpunkt relativ unbelebt, nur ein Angetrunkener begann die Frauen mit unflätigen, nicht jugendfreien Schimpfworten zu belegen und drohte, die Polizei zu holen. Von den Frauen unberücksichtigt, verzog er sich, um später mit mehreren angetrunkenen Bekannten vor dem KOMM-Zentrum zu randalieren. Da war die Aktion bereits abgeschlossen und die Frauen hatten sich schon in das Haus zurückgezogen. Alles wurde von innen abgeschlossen, das Licht gelöscht und kein lautes Wort gesprochen. Die Anspannung war schon sehr groß, ob es den Männern gelingen würde, vielleicht in das Haus einzudringen.

Nach einer Weile war draußen Ruhe.

Alles aufräumen, umziehen, verabschieden und ab nach Hause!

Die Reaktionen an den nächsten Tagen waren bemerkenswert. Von der Presse wurde die Aktion mit keiner Zeile erwähnt. Die Stadt reagierte ebenso nicht. Die Vorbeigehenden und -fahrenden schmunzelten, nickten, schüttelten mit dem Kopf und akzeptierten.

Niemals wurde das Graffiti von anderen besprüht. Es hielt bis zum Abriss der Mauer fast 20 Jahre lang. Noch heute wird öfter die Frage nach den „Verursachern“ gestellt. Schade, dass es weichen musste. Ein paar Steine sind noch gerettet worden.

Die Mahnung, sich aufzulehnen gegen den § 218 ist heute so aktuell wie damals. Trotz aller Proteste von 100 000en Frauen und Männern gegen den Paragraphen in vielen Städten der Bundesrepublik ist es nicht gelungen, diesen aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Auch der §219a, der eine umfassende Information über Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruches unter Strafe stellt, hat weiterhin Bestand.

Der Kampf ist also noch nicht zu Ende.

"Der Paragraph 218 ist in dem, was er real bewirkte, ein schwer erträglicher Restbestand sozialer Ungerechtigkeit des vorigen Jahrhunderts". Willi Brandt in der Generaldebatte, 26.April 1974

Für das Team im Namen aller Beteiligten: Angela, Anke, Elke, Claudia, Angelika